# N i e d e r s c h r i f t

## der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Personalbedarfsplanung am 04.12.2013

## *Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt*

## *öffentlich*

---

| | |
|---|---|
| **Ort:** | **Christian-Wolff-Haus, Saal, 5. Obergeschoss,<br>Große Märkerstraße 10,<br>06108 Halle (Saale)** |
| **Zeit:** | **14:10 Uhr bis 16:25 Uhr** |
| **Anwesenheit:** | **siehe Teilnehmerverzeichnis** |

**Anwesend sind:**

| | | |
|---|---|---|
| Herr Bernhard Bönisch | CDU | |
| Herr Raik Müller | CDU | |
| Herr Swen Knöchel | DIE LINKE. | |
| Herr Dr. Bodo Meerheim | DIE LINKE. | |
| Frau Elisabeth Nagel | DIE LINKE. | |
| Herr Johannes Krause | SPD | |
| Herr Dr. med. Detlef Wend | SPD | |
| Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber | FDP | |
| Herr Tom Wolter | MitBÜRGER für Halle | |
| Frau Dr. Inés Brock | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Vertreterin für Hr. Weihrich |
| Herr Egbert Geier | Bürgermeister | |
| Herr Uwe Stäglin | Beigeordneter | |
| Herr Prof. Dr. Furchert | Verwaltung | |
| Frau Dörthe Riedel | Verwaltung | |
| Frau Karin Rensch | Verwaltung | |
| Frau Simona König | Verwaltung | |
| Herr Steffen Ruppe | Verwaltung | |
| Herr Lars Loebner | Verwaltung | |
| Frau Kerstin Ruhl-Herpertz | Verwaltung | |
| Frau Angelika Foerster | Verwaltung | |
| Herr Ronald Hintz | Verwaltung | |
| Frau Kerstin Godenrath | Verwaltung | |
| Frau Anne Timme | Verwaltung | |

**Entschuldigt fehlen:**

| | | |
|---|---|---|
| Herr Werner Misch | CDU | kein Vertreter |
| Herr Dietmar Weihrich | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | vertreten durch Frau Dr. Brock |

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** eröffnete die Sitzung.
Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Zurzeit sind 6 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
5. Beratung zur Personalbedarfsplanung des Geschäftsbereiches II, Stadtentwicklung und Umwelt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

## zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Es erfolgte die Abstimmung über die Niederschrift vom 13.11.2013.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt – 1 Enthaltung

## zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

## zu 5 Beratung zur Personalbedarfsplanung des Geschäftsbereiches II, Stadtentwicklung und Umwelt

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** informierte zum Änderungsantrag von Frau H. Haupt (SPD-Fraktion), dass die Beratung zur Abstimmung in der Abschlussberatung am 05.12.2013 stattfinden würde.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte nach einer Vorlage zur Abschlussberatung.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass es eine aktuelle Veränderung aus der Beratung im Finanzausschuss gäbe, welche eine redaktionelle Überarbeitung des Stellenplans innehätte. Zudem erklärte er, dass die Veränderung sich auf eine Überprüfung der Stellen beziehen würde, welche aus Sicht der Verwaltung unkritisch seien. Er informierte, dass man im Finanzausschuss so verblieben sei, dass die heutige Beratung abzuwarten sei und im Nachgang die Liste aktuell zusammengestellt werde.

**Herr Müller, CDU-Fraktion,** fragte, ob dieses so machbar wäre und wies daraufhin, dass die Bearbeitungszeit für die Ausschussmitglieder sehr knapp bemessen sei. Er merkte an, dass eine Verlagerung des Termins sinnvoller wäre.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** merkte an, dass die Bedenken von Herrn Müller berechtigt seien. Er schlug vor, es trotzdem zu versuchen. Er sagte, dass man für die kritischen Stellen eine gemeinsame Basis finden solle und sich an der Liste der Verwaltung mit den vorgeschlagenen Stellen mit kw-Vermerk orientieren solle.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass es zur morgigen Sitzung diesbezüglich eine Präsentation geben werde. Diese Präsentation würde eine Verknüpfung zwischen kw-Stellen einerseits und Rücklauf der personalwirtschaftlichen Modelle anderseits darstellen. Er äußerte, dass im ersten Stellenplanentwurf 260 kw-Stellen definiert waren.

**Herr Müller, CDU-Fraktion,** fragte, wie viele unkritische kw-Stellen ungefähr auf der Liste stehen würden.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass aufgrund der Beratungen im hiesigen Ausschuss 217 kw-Stellen verblieben seien, von denen momentan 103 als unkritisch von Verwaltung eingeschätzt würden. Zudem äußerte er, dass derzeit circa 160 Mitarbeiter die Modelle Abfindung- und Rentenmodell verbindlich wahrnehmen wollen.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender**, sagte, dass die Sinnhaftigkeit der kw-Stellen zu hinterfragen sei, da eine Aufgabenkritik im eigentlichen Sinne nicht stattgefunden hätte.

Zudem teilte **Herr Krause** mit, dass er an der Beiratsberatung des Jobcenters teilgenommen hätte. Er sagte, dass, bezüglich der Abfindung- und Rentenmodelle, die Verwaltung noch keinen Kontakt mit der Agentur aufgenommen hätte, mit Hinblick auf mögliche Sanktionen für die Mitarbeiter. Er merkte an, dass ein Gesprächsangebot von der Agentur an die Verwaltung bestehen würde und fragte, ob dieses Angebot von der Verwaltung angenommen worden wäre.
**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass die Verwaltung das Angebot annehmen werde.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** eröffnete die Beratung zum Geschäftsbereich II.

**Beratung zum Geschäftsbereich II, Fachbereich Planen**

**Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat,** erläuterte die Anmerkungen und Bedenken des Personalrates zur kw-Setzung im Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt. Sie merkte an, dass die Begründung zur Stelle SB Stadt- und Bestandskarten als diskriminierend empfunden würde.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** sagte, dass der Verweis auf die Arbeitsleistung einer Kollegin bzw. eines Kollegen nicht die Grundlage für eine kw-Stelle sein könne, sondern dass es um die Aufgaben gehen würde.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** erklärte die Situation der Büroassistenzen im Fachbereich Planen und sagte, dass für diesen Bereich ein Doppelsekretariat sinnvoll sei. Er sagte, dass es noch Aufgaben gäbe, die über Assistenzstellen zu bewältigen seien, aber es müsse nicht jede Abteilung eine eigene Assistenzstelle innehaben. Somit würde sich für diesen Bereich eine Doppelassistenz anbieten. Zudem merkte er an, dass der Fachbereichsleiter eine Assistenzstelle benötigen würde, aber nicht mehr. Herr Stäglin äußerte, dass nunmehr ein Prozess in Gang gesetzt werden könne, auch intern zu verlagern.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** fragte, wo die Assistenzstelle des Fachbereichsleiters ausgebracht sei, da diese Assistenzstelle im Organigramm nicht zu finden sei.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter FB Planen,** antwortete, dass diese Stelle im Team Service mit eingegliedert sei.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** fragte, ob im Team Service vier Büroassistenzstellen vereint wären.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter FB Planen,** verneinte die Frage von Herrn Dr. Meerheim und sagte, dass es sich dabei um eine standardisierte Sache handeln würde. Er sagte, dass er für seinen Bereich momentan zwei Büroassistenzen zur Verfügung hätte und äußerte, dass man darüber nachdenken müsse, ob dieses zwingend notwendig sei. Er teilte mit, dass das Team Service in der neuen Struktur dahingehend erweitert werden würde, dass Bereiche wie EDV und Öffentlichkeitsarbeit hinzukommen sollen. Herr Loebner sagte, dass somit eine Konzentration bei dem Fachbereichsleiter stattfinden würde und dieses Team dann jeweils allen Abteilungen zur Verfügung stehen solle. Bezogen auf die Assistenzstellen äußerte er, dass man es immer vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung sehen müsse und dabei auch schmerzhafte Einschnitte erforderlich sein würden, aber dadurch auch Chancen genutzt werden können.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** fragte bezüglich der Begründung zur kw-Setzung der Stelle Büroassistenz des Abteilungsleiters, nach, dass demnach aus dem Team Service eine Stelle entnommen werden müsse.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter FB Planen,** antwortete, dass die Abteilungsleitung keine eigenen Assistenzen mehr hätte. Er sagte, dass nur die Abteilung Verkehrsplanung eine reine Büroassistenzstelle hätte und die Aufgaben im Team Service gebündelt werden sollen.

**Herr Müller, CDU-Fraktion,** merkte an, dass die Unterlagen, mit dem Stand der Sollstruktur vom 29.10.2013, schon vor einigen Tagen zugeschickt wurden und fragte, ob die Stellen noch aktuell seien.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter FB Planen,** sagte, dass die Organigramme um die Zeitschiene einhalten zu können mit Stand vom 29.10.2013 verschickt wurden, aber die Diskussion im Geschäftsbereich II zu den kw-Stellen bis zum Vortag des Ausschusses weitergeführt wurde, daraus hätten sich Veränderungen in den Organigrammen ergeben.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte, ob die Ausschussmitglieder die aktuelle Liste hätten.

**Frau Rensch, Organisatorin,** erklärte, dass die Organigramme im Soll-Bereich sich verändert hätten.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** merkte an, dass die Verwaltung auf diese Veränderung hätte hinweisen müssen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** wies daraufhin, dass die Organigramme gleich für alle kopiert werden würden.

**Herr Müller, CDU-Fraktion,** sagte, dass eine Effektivierung im Bereich Kommunikation erfolgen müsse und merkte an, dass beobachtet würde, dass gerade bei Baumaßnahmen eine höhere Beteiligung der Bevölkerung an Projekten erfolgen solle. Zudem fragte er, ob dies noch beibehalten werden könne.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** antwortete, dass dieses den Bereich Planverfahren betreffen würde. Zudem merkte er an, dass im Bereich der Stadtplaner keine kw-Setzung durchgeführt wurde.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** fragte nach der kw-Setzung der SB Vermessungsfacharbeiter.

**Herr Metzler, Abteilungsleiter Stadtvermessung,** antwortete, dass es eine fehlerhafte Darstellung sei. Er erklärte, dass ursprünglich eine unbesetzte Stelle Außendienst nicht wieder besetzt und eine Stelle Innendienst, mit anteiligem Außendienst (Springer), mit einem kw-Vermerk versehen werden sollte. Zudem teilte er mit, dass die Stelle 610. 5010. 070 SB Vermessungsfacharbeiter, entgegen den Angaben im Formblatt, besetzt sei.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.,** bat um Erläuterung der kw-Setzung der SB Vermessungsfacharbeiter anhand des vorliegenden Stellenplanes.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter FB Planen,** erläuterte die kw-Setzung der SB Vermessungsfacharbeiter.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** wies daraufhin, dass die verschickten Unterlagen mit den neu ausgeteilten Unterlagen nicht mehr übereinstimmen würden.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** bat die Verwaltung die Unstimmigkeiten bis zur morgigen Sitzung aufzuklären.

**Herr Bürgermeister Geier,** sagte, dass der Redaktionsschluss für die eingereichten Unterlagen mit dem Sachstand vor etwa einer Woche gewesen wäre und teilte mit, dass die gerade ausgeteilten Unterlagen aus der Diskussion des gestrigen Abends entstanden seien.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** erläuterte, dass es einen Übermittlungsfehler gegeben hätte, da bei der Änderung von Stellen eine Lücke in der Kette aufgetreten sei. Er meinte, dass es hilfreich wäre, die einzelnen Stellenblätter durchzugehen und diese einzeln aufzurufen, denn damit sei tatsächlich die Begründung gegeben, über die man diskutieren könne. Herr Stäglin wies daraufhin, dass die neu ausgeteilten Unterlagen die tatsächlich gemeldeten kw-Stellen des Geschäftsbereiches II seien.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** sagte, dass die Verwaltung schon Mühe gehabt hätte, in der knappen Zeit alles zueinander zu bekommen, so dass alles stimmen würde. Er bat die Verwaltung zu bedenken, dass die Stadträte und Stadträtinnen, in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit, dies alles nachvollziehen können müssen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** wies nochmal auf die Differenz von erst 107,5 auf 105,5 ausgebrachten kw-Stellen hin.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** bat die Verwaltung alle offenen Fragen bis zum folgenden Tag 11:00 Uhr zu beantworten und allen Fraktionsgeschäftsstellen die Beantwortungen zukommen zu lassen.

**Herr Müller, CDU-Fraktion,** fragte bezugnehmend auf die 2 Stellen, die zum DLZ Klimaschutz übergehen sollen, ob die momentan wahrgenommenen Aufgaben mitgenommen würden oder ob die Aufgaben von anderen Mitarbeitern übernommen würden, da die übergegangenen Stellen mit neuen Aufgaben betraut würden.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** antwortete, dass eine Stelle eine Büroassistenzstelle, welche ihre Aufgaben im DLZ Klimaschutz weiter wahrnehmen würde, sei und die andere sei eine Planerstelle, welche nicht sämtliche Aufgaben mit in das DLZ Klimaschutz mitnehmen könne.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle,** fragte bezüglich der Zentralisierung Haushalt, welche kw-Vermerke diesbezüglich zurückgenommen wurden.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** erklärte, dass es im Zuge der Haushaltsplanaufstellung Überlegungen diesbezüglich gegeben hätte, da es aber innerhalb der gesamten Verwaltung ein Thema sei, wären die Stellen noch da.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle,** fragte, ob die Entscheidung zur Zentralisierung Haushalt schon getroffen sei.

**Herr Bürgermeister Geier** antwortete, dass die Verwaltung die Zentralisierung Haushalt als Projekt vorhaben würde, um Haushaltsplanungs- und Haushaltsbuchhaltungsfragen zentral durchführen zu können. Er sagte, dass die Wirksamkeit und Umsetzung ab 01.01.2015 erfolgen solle. Zudem merkte er, dass der GB II vorab eine Konzentration für seinen Bereich durchführen würde, um später verwaltungsübergreifend zusammenzufassen.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter FB Planen,** erläuterte die neu ausgeteilten Organigramme.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** sagte, dass im Organigramm der IST-Stellen im Team Vermessung 15 Stellen angegeben seien, im neu vorgelegten Organigramm 11 Stellen angegeben seien und 3 Stellen mit kw-Vermerk angeben wurden. Demnach fragte Herr Dr. Meerheim, wo der vierte Vermessungsfacharbeiter wiederzufinden sei.

**Frau Riedel, Referentin des Geschäftsbereiches II,** antwortete, dass die Unterlagen, die in der Sitzung verteilt wurden, noch aktualisiert werden müssten. Sie merkte an, dass der Geschäftsbereich II diesen neuen Stellenplan noch nicht mit seinen aktuellen Meldungen abgleichen konnte und sagte, dass Korrekturen erfolgen würden. Zudem erläuterte sie die Umorganisierung im Team Geodaten.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** sagte, dass der Endabgleich noch erfolgen würde.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** beendete die Beratung zum Fachbereich Planen und eröffnete die Beratung zum Fachbereich Bauen.

**<u>Beratung zum Geschäftsbereich II, Fachbereich Bauen</u>**

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** sagte, dass es eine klare Zielsetzung für den Bereich Baugenehmigung gelten würde. Er erläuterte die dortige Situation und merkte an, dass in diesem Bereich keine kw-Vermerke ausgebracht wurden, um die dortige Situation nicht zu verschärfen. Zudem erläuterte er die Situation im ehemaligen Tiefbauamt. Er erklärte die Differenz der ausgebrachten kw-Vermerke von den verschickten Unterlagen zu den neu verteilten Unterlagen im Geschäftsbereich II.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** merkte an, dass dieser Bereich im Jahr 2004 durch den Lenkungsausschuss schon aufgestockt worden wäre.

**Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat,** erläuterte die Anmerkungen des Personalrates zu den kw-Vermerken.

**Herr Keusch, Personalrat,** äußerte seine Bedenken zur kw-Setzung im Bereich Bauordnung. Er wies besonders auf die Arbeitsverdichtung in diesem Bereich hin.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin FB Bauen,** sagte, dass durch die Zusammenlegung zweier Ämter eine Veränderung der Struktur durchgeführt würde. Sie sagte, dass in dem aktuell ausgeteilten Organigramm nur noch 6 Abteilungen aufgeführt seien. Frau Foerster merkte an, dass sich besonders die Veränderung des ehemaligen Tiefbauamtes sich bemerkbar machen würde, da es vier Abteilungen unterschiedlichster Ausprägung gewesen seien und nun eine Umstrukturierung in 3 Abteilungen stattgefunden hätte. Zudem erläuterte sie die neuen Abteilungen inklusive der dort durchgeführten Aufgaben.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte nach der Definition für „vernünftige Bearbeitungszeit“.

**Frau Foerster,. Fachbereichsleiterin FB Bauen,** antwortete, dass eine vernünftige Bearbeitungszeit je nach Vorgang unterschiedlich sei. Sie sagte, dass das gesetzte Ziel für den Bauordnungsbereich nicht länger als 3 Monate sei. Zudem merkte sie an, dass es im Einzelfall, je nach Komplexität des Vorgangs, es auch deutlich länger werden könne.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte, ob das die eigentliche normale Verfahrensweise sei, wo diese Zeiten auftreten würden oder ob man diese deutlich verkürzen könne.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin FB Bauen,** antwortete, dass die dortigen Kollegen sehr gut ausgelastet seien und es keine freien Spitzen mehr geben würde. Demnach merkte sie an, dass sich die Situation eher noch verschärfen werde, da einige Kollegen die Arbeitszeitmodelle annehmen würden.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** äußerte, dass er es für ein ähnlich schwieriges Signal wie Bereich der Wirtschaftsförderung halten würde, da es zu übergebührlichen Verzögerungen führen könne.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** sagte, dass der Geschäftsbereich die Zusage für Außeneinstellungen für die freien Stellen im Bereich Bauordnung bekommen hätte. Er teilte mit, dass drei Stellen ausgeschrieben wurden, um damit wieder einen Ausgleich zu schaffen mit dem Ziel, die gesetzlichen Fristen einhalten zu können.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** merkte an, dass der Anspruch der Verwaltung nicht sein solle die gesetzlichen Fristen einzuhalten, sondern unter den gesetzlichen Fristen zu bleiben.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** fragte, ob der Bereich mit mehr Personal die Fristen wesentlich verkürzen könne.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin FB Bauen,** erläuterte die Verfahrensweise zur Bearbeitung der Unterlagen im Baugenehmigungsverfahren und wies daraufhin, dass eine deutliche Verkürzung unter drei Monate auch mit mehr Personal nicht möglich sei.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** fragte bezugnehmend auf die zwei Wohnungsbauförderstellen, wie viel geförderte Wohnungen es derzeit geben würde.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin FB Bauen,** antwortete, dass sich im Moment 2000 Wohnungen in der Kontrolle befinden würden. Sie sagte, dass der Bereich verpflichtet sei in regelmäßigen Abständen die Fördervoraussetzungen zu kontrollieren.

**Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE.,** fragte bezugnehmend auf die Erklärung zur kw-Setzung der Stellen Mitarbeiter Bauaufsicht, ob der Auftrag für die entsprechende Software schon ausgelöst worden sei.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin FB Bauen,** antwortete, dass der Auftrag bereits an die IT-C ausgelöst worden sei und merkte an, dass dem Bereich noch keine entsprechende Entwicklung vorliegen würde.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** sagte bezugnehmend auf die Begründung der Stelle SB Werbung, wenn die Konsequenz sei, dass die voraussichtliche Bearbeitungszeit sich um zwei Wochen verlängern würde, sei dies bedenklich.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin FB Bauen,** antwortete, dass diese Stelle seit einem Jahr unbesetzt sei. Sie sagte, dass die Aufgaben auf eine andere Stelle umgelagert worden wären und es dadurch zu gewissen Verzögerungen in der Bearbeitung kommen könne.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle,** sagte, dass wenn die Stelle nicht besetzt sei, diese zu streichen wäre und nicht als kw-Stelle einzubringen sei.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** sagte, dass bei gegebener Zielsetzung kw-Stellen auszubringen für den Geschäftsbereich nur Stellen in Frage gekommen seien, bei denen keine Wiederbesetzung vorgesehen sei. Zudem merkte er an, dass die momentan geführte Diskussion im Fachbereich Bauen deutlich machen würde, dass Stellen die zu einem bestimmten Stichtag noch unbesetzt seien, nicht wiederbesetzt werden müssen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle,** merkte an, dass wenn der Geschäftsbereich an eine Stelle einen kw-Vermerk gesetzt hätte, dann würde diese nicht mehr benötigt werden und somit sei diese auch nicht zu diskutieren. Demnach äußerte er, dass dies eher eine Stellenstreichung sei, als eine kw-Einbringung.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** sagte, dass sei eine grundsätzliche Problematik die schon öfters aufgetreten sei.

**Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement,** sagte, dass ohne das Ausbringen der personalwirtschaftlichen Modelle die Herangehensweise logisch und richtig sei. Er merkte an, dass er davon abraten würde die Stellen zu streichen, da diese Stellen für Mitarbeiter benötigt würden, die sich für die personalwirtschaftlichen Modelle entscheiden würden.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle,** sagte dass diese Beschreibung die Systematik der gesamten Fachdiskussion auf den Kopf stellen würde. Er stellte fest, dass die unbesetzten Stellen als Spielball für die personalwirtschaftlichen Maßnahmen von der Verwaltung genutzt werden wollen.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender**, merkte zudem an, dass es nicht ordnungsgemäß sei, die Mitarbeiter auf den Stellen hin und her zu schieben damit eine kw-Stelle wirksam gemacht werden könne.
**Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement,** antwortete, dass die Verwaltung dauerhaft ihren Personalbestand reduzieren müsse, um die Personalkosten einigermaßen stabilisieren zu können. Er äußerte, dass die Verwaltung momentan das Glück hätte, über Finanzen zu verfügen, um Mitarbeitern die Möglichkeit geben zu können, aus der Verwaltung zu gehen. Herr Prof. Dr. Furchert, sagte, dass die Voraussetzung dafür der Wegfall von Stellen sei. Zudem sagte er, dass der Interessent und

der Stelleninhaber nicht in jeden Fall übereinstimmen müssten. Er merkte an, dass die Kettenbildung erforderlich sei, um eine Kompatibilität herstellen zu können.

**Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement,** sagte, dass es ebenso einen Fall geben könne, bei denen der Beigeordnete zu der Erkenntnis käme, dass wenn dieser Mitarbeiter gehen würde, die Arbeitsabläufe zum Erliegen kommen könnten. Er teilte mit, dass die Verwaltung diesen Vorbehalt ausdrücklich in die Modelle mit aufgenommen hätte. Er merkte an, dass es einer Verständigung zwischen dem Beigeordneten und dem Bürgermeister bedürfen würde, ob an dieser Stelle einem Antrag des Mitarbeiters entsprochen werden könne.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle,** äußerte, dass die Aussage absurd sei. Er sagte, dass eine fachliche Begutachtung mit einer Person beschreiben würde, welche unabdingbar für einen Beigeordneten in seinem Geschäftsbereich tätig sei. Er merkte an, dass gleichzeitig die Aussage damit getroffen werden würde, dass dies nicht entscheidend sei, weil ein Modell beschrieben worden sei, wo dieses nicht wichtig sei. Er bezog sich auf die Aussage des Herrn Bürgermeisters Geier im Finanzausschuss, dass alle gestellten Anträge wirksam seien und merkte an, dass dann auch klar gesagt werden müsse, dass alle Anträge umsetzbar seien, weil aufgrund von Umsetzungen usw. die Bedürfnisse in den einzelnen Geschäftsbereichen durch andere Personen ersetzbar sei.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass das Themenblöcke nebeneinander diskutiert werden sollten und nicht ständig miteinander vermischt. Er sagte, dass wenn er genau wissen werde, wie viele kw-Stellen zu buchen stehen werden, dann wird er auf die Beigeordneten zugehen und diesen die Sachlage darstellen. Herr Bürgermeister Geier sagte, dass er danach die Beigeordneten um Abwägung zu den personalwirtschaftlichen Modellen bitten wird.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle,** sagte, dass hier eine unbesetzte Stelle vorliegen würde, welche wahrscheinlich modifiziert wurde und wahrscheinlich im Geschäftsbereich nicht mehr benötig werden würde. Er wiederholte seine Aussage, dass er nur wissen wollte, ob diese Stelle gestrichen werden könne.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.,** sagte, dass es eine hochgradig verwirrende Diskussion sei. Er erläuterte bezugnehmend auf die Behauptung der Stadtverwaltung, dass 250 Personen zu viel in der Stadtverwaltung arbeiten würden, unter welchen Voraussetzungen die kw-Stellen zu Stande gekommen seien. Er merkte an, dass man jetzt an dem Punkt sei, wo man darüber diskutieren würde, ob die Stadtverwaltung wirklich 250 Personen zu viel hätte. Er wies daraufhin, dass ein kw-Vermerk der ausgebracht werden würde, sich sowohl auf den Stelleninhaber als auch auf die Stellenwertigkeit beziehen würde. Er merkte an, dass es gemeinderechtlich genau geregelt sei und verwies auf den § 46 (2) Landeshaushaltsordnung und stellte fest, dass wenn künftig wegfallend (kw) nur bei freiwerden der Stelle möglich sei, dieses sich nicht auf den Stelleninhaber beziehen würde, sondern auf die Wertigkeit der Stelle. Herr Knöchel merkte bezogen auf die kw-Setzung von unbesetzten Stellen, an, dass wenn diese Stelle noch benötigt werden würde, die Verwaltung an dieser Stelle keinen kw-Vermerk ausbringen dürfe. Zudem wies er daraufhin, dass ein kw-Vermerk an einer unbesetzten Stelle, mit Vollzug des beschlossenen Haushaltsplans, ab 01.01.2014 zum Wegfall der Stelle führen würde.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.,** fragte bezugnehmend auf die Stelle SB Werbung, wie hoch das Antragsvolumen sei.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin FB Bauen,** antwortete, dass ca. 150 Anträge im Jahr eingehen würden.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** sagte, dass die konkrete Beantwortung zur nächsten Sitzung erfolgen würde.

**Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat,** erläuterte die Anmerkungen des Personalrates zu dem Bereich Straßenausbaubeiträge.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin FB Bauen**, erläuterte die kw-Setzung in diesem Bereich.

**Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat**, erläuterte die Anmerkungen des Personalrates zu den weiteren kw-Setzungen im Bereich Bauen. Sie wies besonders auf die immer wieder angezeigten Überlastungsanzeigen hin.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin FB Bauen,** merkte an, dass nicht alle vom Personalrat angesprochenen Überlastungsanzeigen aus den einzelnen Teams der Fachbereichsleitung bekannt seien. Zudem sagte sie, dass der Fachbereich den bekannten Überlastungen entgegensteuern würde.

**Frau Dr. Brock, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN,** merkte an, dass es auffällig viele Überlastungsanzeigen nach Bekanntwerden der kw-Liste geben würde. Sie fragte, wie belastbar diese Überlastungsanzeigen seien.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** sagte, dass man jede Überlastungsanzeige aus dem Bereich ernstnehmen würde und dieses überprüft werden würde.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle,** merkte bezogen auf die immer wieder auftretende Kritik über den Bereich Sondernutzung, die dort ausgebrachten kw-Vermerke zurückzunehmen.

**Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat,** merkte an, dass es Fehler in den Unterlagen der Personalvertretung gäbe. Sie korrigierte für die Stelle MA Bauaufsicht, dass diese nicht vakant, sondern wiederbesetzt sei und gleiches auch für die Stelle MA Straßenaufsicht.

**Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat,** wies daraufhin, dass die Stelle MA Straßenaufsicht von einer anderen Stelle, welche auch kw-gesetzt sei, kompensiert werden solle.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte, ob jemand von der Verwaltung darauf reagieren könne oder ob die Beantwortung zur nächsten Sitzung erfolgen würde.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** sagte einer Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** beendete die Beratung zum Bereich Bauen und eröffnete die Beratung zum Bereich Umwelt.

**Beratung zum Geschäftsbereich II, Fachbereich Umwelt**

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** erläuterte die kw-Setzungen im Bereich Umwelt, dabei ging er besonders auf die Abteilung Stadtgrün ein. Zudem erklärte er die Prozessanalyse zur Prüfung schon jetzt ausgebrachten kw-Stellen.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte, inwieweit die momentan ausgebrachten kw-Stellen Ernst zunehmen seien, wenn diese erst im Jahr 2014 untersucht werden würden.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** sagte, dass es die Stellen betreffen würde, die den Vermerk unter Vorbehalt der noch ausstehenden Untersuchung erhalten haben.

**Herr Hirtz, Personalrat,** erläuterte die Anmerkungen des Personalrates zu den kw-Setzungen im Bereich Umwelt.

**Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat,** wies bezogen auf die kw-Vermerke der Gärtner und Hilfsarbeiter, hin, dass es an dieser Stelle, auch aus Sicht der Verwaltung, wünschenswert wäre, Facharbeiter einzusetzen. Zudem merkte sie an, dass die kw-Vermerke an diesen Stellen in ku-Vermerke (künfig umzuwandeln) umgewandelt werden sollten.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** verneinte diesen Vorschlag und sagte, dass erst die Zuordnung zum Fachbereich Immobilienmanagement erfolgen solle. Zudem merkte er an, dass manche Aufgaben günstiger erledigt werden können, wenn man sie an Externe übergeben würden.

**Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE.,** fragte bezugnehmend auf die Stelle SB HH/ Rechnungswesen, ob die darin enthaltene Aufgabe der Arbeitssicherheit von einem anderen Mitarbeiter übernommen werden würde.

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin FB Umwelt,** antwortete, dass diese Aufgabenwahrnehmung, ohne weiteres von einem anderen Mitarbeiter, denkbar sei.

**Herr Hirtz, Personalrat,** erläuterte die Anmerkungen des Personalrates zur Stelle SB Bodenschutz. Er wies besonders auf die hohe Arbeitsauslastung der Stelleninhaberin hin.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte, weshalb die Stelle kw-gesetzt worden wäre.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** antwortete, dass Wegfall zu einer verzögerten Bearbeitung führen würde, aber unter Abwägung verschiedener Belange, auch unter dem Gesichtspunkt des Gesamthaushaltes, sei dies eine vertretbare Lösung.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte, ob die Aufgaben auf die anderen Bereiche verteilt werden könnten, obwohl die Stelleninhaberin eine hohe Arbeitsauslastung hätte.

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin FB Umwelt,** antwortete, dass eine Abarbeitung nach und nach erledigt werden würde.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** fragte nach der unbesetzten Stelle SB Abfallberatung.

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin FB Umwelt,** antwortete, dass dies eine Stelle sei bei welcher der Bereich eine Umorganisierung vorgenommen hätte.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.,** sagte, dass die Abfallberatung gebührenrelevant sei.

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin FB Umwelt,** sagte, dass die unbesetzte Stelle bei der Abfallgebührenkalkulation berücksichtigt worden sei.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.,** merkte hinsichtlich der Finanzierung an, dass wenn die Stelle gestrichen werden würde, die Stadtverwaltung diese Stelle nicht mehr finanziert bekommen würde.

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin FB Umwelt,** merkte an, dass es nicht haushaltsrelevant sei.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte, ob diese Aufgabe hoheitliche Elemente beinhalten würde.

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin FB Umwelt**, sagte, dass die Aufgabe durch die Behörde durchgeführt werden müsse.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** bat die Verwaltung, dass die kw-Setzung dieser Stelle nochmal überprüft werden solle.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** beendete die Beratungen zum Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt. Zudem erinnerte er die Verwaltung an das Vorliegen der modifizierten Liste in den Fraktionsgeschäftsstellen bis 11:00 Uhr des folgenden Tages.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** wies daraufhin, dass die Unterlagen auch im Session eingestellt werden sollen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** bat um Erläuterung der ausgeteilten Unterlagen.

**Herr Ruppe, Projektmanagement HHKO,** erläuterte die ausgeteilten Unterlagen zum Stellenplanentwurf 2014 und erklärte, welche der markierten Stellen aus der kw-Setzung rausgenommen wurden von der Verwaltung und welche neu in die kw-Setzung eingebracht wurden.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte bezugnehmend auf die Erläuterung zur Stellenplanung 2014, dass auf der Basis zum eingebrachten Stellenplanentwurf (259,2) durch redaktionelle Änderungen 57 Stellen im kw rausgenommen wurden und durch Fortschreibungen, insbesondere durch den Stellenmehrbedarf aus dem Geschäftsbereich IV, Bildung und Soziales, 14 neue Stellen dazukommen seien.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** sagte, dass die Stellen des Geschäftsbereiches IV, Bildung und Soziales, nicht enthalten seien.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass diese in der Stellenanzahl integriert wurden wären und nicht konkret ausgewiesen wurden. Er sagte, dass dieses im Saldo dazu führen würde, dass 57 Stellen rausgenommen wurden und 14 Stellen wieder aufgenommen wurden und dies würde bedeuten, dass die Verwaltung von 260 Stellen 43 Stellen wegnehmen würden und demnach die neue Basiszahl 217 Stellen sei.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** fragte erneut nach den Stellen aus dem Geschäftsbereich IV, Bildung und Soziales.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass die Verwaltung 9 Stellen mit kw-Vermerk zurückgenommen hätte, diese seien in den 57 zurückgenommenen Stellen enthalten. Zudem sagte er, dass 3 Stellen durch entsprechende Umschichtung aus dem Überhangpersonal in den Geschäftsbereich IV, Bildung und Soziales übergegangen seien.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** wies die Verwaltung darauf hin, dass die Kriterien für die personalwirtschaftlichen Modelle klar definiert werden sollen. Er sagte, dass diesbezüglich ein Abgleich mit dem Personalrat stattfinden solle.

**Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement,** sagte, dass die Kriterien grundsätzlich definiert seien.

**Herr Müller, CDU-Fraktion,** merkte an, dass die Rücknahme von kw-Stellen keine redaktionellen Änderungen seien.

**Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement,** antwortete, dass die Verwaltung während der Diskussion zu den kw-Stellen festgestellt hätte, dass die kw-Stellen die im Stellenplanentwurf, der den Stadträten und Stadträtinnen aktuell vorliegen würde, vermerkt seien, anders seien als die auf den schon eingereichten Unterlagen und in diesem Sinne seien die redaktionellen Änderungen gemeint gewesen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** merkte bezugnehmend auf die kw-Stellen Setzung im Geschäftsbereich IV, Bildung und Soziales, an, dass es ursprünglich vier kw-Stellen im Haus der Wohnungshilfe gewesen seien. Er wies darauf hin, dass diese nicht einfach subsumiert werden können und mit 12 Sozialarbeiterstellen im ASD ersetzt werden können, da diese Stellen besetzt seien. Er sprach die Empfehlung aus, die gesetzten kw-Vermerke zurückzunehmen. Zudem empfahl er, die 12 Stellen, mit einer genauen Aufgabenbeschreibung, neu auszubringen.

**Herr Bürgermeister Geier** antwortete, dass die Verwaltung demnach bei der ursprünglichen kw-Setzung der Stellen des Geschäftsbereiches IV, Bildung und Soziales, bleiben müsse und parallel dazu den Mehrbedarf für den Geschäftsbereich aufzeigen müsse.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** merkte an, dass dies die korrekte Vorgehensweise sei.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** sagte, dass die Überarbeitung bis zur nächsten Sitzung vorliegen müsse.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge vor.

**zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

**zu 8 Mitteilungen**

---

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

**zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

**zu 10 Anregungen**

---

Es wurden keine Anregungen gegeben.

**Herr Krause, Ausschussvorsitzender,** beendete die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 04.11.14

| | |
|---|---|
| Egbert Geier<br>Bürgermeister | Johannes Krause<br>Ausschussvorsitzender |

Anne Timme
Protokollführerin